fähigkeit dieser Partei in den letzten Monaten stark gefährdet hatte, aufs neue gefestigt wird.

Die Schwierigkeit dieser Lage wird die Mittelparteien, insbesondere das Zentrum, nicht hindern, den Weg zu gehen, den sie im Interesse des Vaterlandes für richtig halten. Zwischen den agitatorischen Aengsten zur Linken und dem verbohrten Fanatismus zur Rechten gilt es einen Weg zu finden, der aus den Wirrnissen der Gegenwart herausführt. Dieser Weg muß über die Ablehnung des Volksentscheids gehen — ob er über die Annahme des Youngplanes gehen wird, wird erst auf Grund der Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz gesagt werden können. Fest steht das Ziel: Deutschland darf nach den letzten fünf Jahren des Aufstiegs nicht wieder in den Abgrund des Elends versinken, das wir in den Jahren vor 1924 erlebt und erlitten haben. Dyk.

Landtagsbeginn mit Krawall

Dresden, 26. November.

Die heutige Landtagssitzung begann um 11 Uhr. Zunächst wurde der Einspruch des kommunistischen Abgeordneten Opitz gegen seine Ausweisung aus der vorigen Sitzung zurückgewiesen. Dann begann man mit der zweiten Lesung der Feiertagsvorlage. Bis gegen ½2 Uhr verlief sie völlig ruhig. Dann erhielt der kommunistische Abgeordnete Sindermann das Wort. Er sprach alsbald von dem „verlogenen" Minderheitenbericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Edel, wurde zur Ordnung gerufen, wiederholte den Ausdruck, wurde zur Ordnung gerufen und wiederholte ihn nach einer kurzen Pause zum dritten Male.

Präsident Eckardt erklärte, wenn er Reichstagspräsident Löbe wäre, würde er Sindermann aus dem Saale weisen, so aber entziehe er dem Abgeordneten das Wort und erteile es dem nächsten Redner, dem Abgeordneten Buck. Sindermann sprach aber trotzdem weiter und Präsident Eckardt mußte schließlich die Sitzung unterbrechen.

Attentatsversuch in der Peterskirche

Gegen den Apostolischen Vikar von Schweden.

Stadt des Vatikans, 26. November.

In der Peterskirche ist Sonntag abend von einer Frau ein Attentat auf den ehemaligen Apostolischen Vikar für Schweden, Monsignore Smith, versucht worden. Als die Kanoniker der Peterskirche nach dem Abendgebet die Chorkapelle verließen, näherte sich die Frau dem Zug der kirchlichen Würdenträger und richtete einen Revolver auf den Kanonikus Smith. Der Kanonikus Prinz Georg von Bayern bemerkte noch rechtzeitig die drohende Haltung der Frau und traf mit einem Faustschlag ihren Arm, so daß der Revolver zu Boden fiel. Die Frau wurde sofort von den päpstlichen Gendarmen verhaftet und einem ersten Verhör unterzogen.

Es handelt sich um eine schwedische Staatsangehörige Gudrun Margareta Rundlud. Sie hat sich geweigert, nähere Angaben über ihre Beweggründe zu machen. Es scheint jedoch, daß sie vor einiger Zeit von dem Kanonikus Smith eine Anstellung oder Unterstützung erlangen wollte, aber abschlägig beschieden worden ist. Der Revolver war mit sechs Patronen geladen. Drei davon zeigen deutliche Spuren, daß die Frau tatsächlich dreimal hintereinander die Waffe abgedrückt hat, der Revolver hat aber versagt. Die Blätter melden, daß der italienische Botschafter, Graf de Vecchi, heute im Vatikan einen Besuch abgestattet hat und knüpfen daran die Vermutung, daß Frau Rundlud der italienischen Regierung ausgeliefert werden wird, und daß diese, da es sich um eine geistesschwache gealterte Person handeln soll, von einer Bestrafung absehen, sondern lediglich für ihre Abschiebung Sorge tragen wird.

Die bevorstehenden Kardinalsernennungen

R. v. F. **Rom**, 25. November.

Die heute abend im „Osservatore Romano" veröffentlichte Liste der zu kreierenden Kardinäle kann nach der Fassung des Textes als vorläufige Liste angesehen werden, deren Vervollständigung sich der Heilige Vater vorbehält. Wir erinnern daran, daß auch die Ernennung des jetzigen Kardinalprimas von Ungarn Seredi im Dezember-Konsistorium 1927 später als die der übrigen Purpurträger des gleichen Konsistoriums bekanntgegeben wurde. In wohlinformierten geistlichen Kreisen hält man es für sehr wahrscheinlich, daß Nuntius Pacelli und andere kirchliche Würdenträger in einer Ergänzungsliste demnächst für das Kardinalat bestimmt werden. Hauptsächlich scheinen verantwortungsschwere Fragen eines Personenwechsels auf wichtigen Posten des päpstlichen diplomatischen Dienstes eine weitere Ergänzung des Heiligen Kollegs noch etwas zu verzögern. Auch der zur Zeit in päpstlicher Sondermission in Abessinien weilende Sekretär der Kongregation der Glaubensverbreitung, Titular-Erzbischof Marcheiti Selvaggiani, wurde wiederholt als Kardinal genannt.

Rom, 25. November.

Mittwoch findet die Ueberreichung des von der deutschen Reichsregierung dem Papst zum Geschenk gemachten Porzellanservices statt. Das Geschenk, eine Nachbildung eines friderizianischen Musters, ist bereits in Rom eingetroffen.

Außer den Insignien des Christusordens wird der Papst dem König von Italien anläßlich des bevorstehenden Besuches im Vatikan ein mit seiner Unterschrift versehenes und in einem Silberrahmen gehaltenes Bild übergeben. Der Königin von Italien wird der Papst wertvolle Edelsteine und einen kostbaren Rosenkranz zum Geschenk machen. Der Papst behält sich weiter vor, der Königin im Frühjahr als künstlerisches und wertvolles Geschenk eine goldene Rose zu überreichen.

* **Zur Mandatsniederlegung des Abg. Pfarrer Wolf.** Wie kürzlich mitgeteilt wurde, hat der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wolf sein Mandat niedergelegt. Diese Mandatsniederlegung ist, wie jetzt bekannt wird, deshalb erfolgt, weil die fürstbischöfliche Behörde in Breslau die Fortführung des Mandates untersagte.

* **Sanches Guerra in Madrid.** Sanchez Guerra ist am Sonntag vormittag nach seiner Haftentlassung in Begleitung seines Sohnes und einiger Freunde in Madrid eingetroffen und empfing sofort einige bekannte politische und andere Persönlichkeiten, die sich zu seiner Begrüßung eingefunden hatten.

Erhöhung der Tabaksteuer?

Hilferdings Pläne

Berlin, 26. November.

Nach der Information einer dem Reichsfinanzminister nahestehenden Seite wurde **im Reichsfinanzministerium eine Vorlage ausgearbeitet, die sämtliche Tabakfabrikate mit Ausnahme der Zigarre, erheblich stärker belasten soll. Von einer Zollerhöhung auf Rohtabak wurde aus handelspolitischen Erwägungen Abstand genommen. Dagegen will man den notleidenden deutschen Tabakbauern aus dem Tabaksteueraufkommen eine ansehnliche Subvention gewähren.**

Die einzelnen Steuererhöhungen sollen betragen bei der Zigarette Steigerung der Banderole von 30 auf 33 Prozent des Kleinverkaufspreises, außerdem Erhöhung der Materialsteuer um 25 Prozent. Bei dem Zigarettenpapier Erhöhung der Steuer von 1,50 auf 2,50 Mark pro tausend Blatt Zigarettenpapier, bei Pfeifen- und steuerbegünstigtem Rauchtabak Erhöhung der Banderolensteuer von 20 auf 35 Prozent des Kleinverkaufspreises, bei echtem Feinschnitt (Zigarettentabak) zur Selbstherstellung von Zigaretten Steigerung der Banderole von 46 auf 60 Prozent; beim Kautabak Erhöhung der Banderole von 5 auf 10 Prozent, beim Schnupftabak Erhöhung der Banderole von 10 auf 15 Prozent. Gleichzeitig soll die Zigarettenfabrikation kontingentiert werden. Hand in Hand mit der Steuererhöhung soll ein gesetzlicher Schutz der Kleinverkaufspreise kommen. Nach obigen Steuererhöhungen verspricht man sich eine Mehreinnahme von 150 Millionen Mark aus der Zigarette und von 50 Millionen Mark aus den übrigen Tabakwaren.

Wie Wolffs Telegraphenbüro von unterrichteter Seite erfährt, trifft die Meldung, daß das Reichsfinanzministerium jetzt eine Vorlage über ein Tabakmonopol ausarbeite, nicht zu. Bereits vor einiger Zeit, als derartige Projekte in der Oeffentlichkeit auftauchten, ist mitgeteilt worden, daß das Reichsfinanzministerium alle Probleme prüfe, die im Zusammenhang mit der beabsichtigten Reichsfinanzreform die finanzielle Lage des Reiches erleichtern könnten. Ueber dieses Stadium sind die Dinge aber auch heute noch nicht hinausgediehen, so daß man also keineswegs von der Ausarbeitung einer Vorlage sprechen kann.

Auf dem Wege nach dem Kaukasus

Das Schicksal der Sibiriendeutschen

Kowno, 25. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die OGPU. 400 deutsche Kolonisten festgenommen und sie wieder nach dem Kaukasus abtransportiert. Den Festgenommenen wurde erklärt, daß die Sowjetregierung keine Möglichkeit habe, ihnen Auslandspässe auszuhändigen.

Die Sowjetregierung hat weitere Schritte für die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik unternommen. Wie amtlich gemeldet wird, erklärte Ryskulow, der Vorsitzende einer besonderen Regierungskommission, die sich zur Zeit in Pokrowsk aufhält, daß **die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik beendet sei. 80 v. H. der Bauern in der wolgadeutschen Republik hätten sich bereiterklärt, eine Kollektivbauernwirtschaft zu gründen. Mit dieser Maßnahme der Regierung hat sich selbstverständlich die Lage der deutschen Kolonisten, die beschlossen haben, in der Sowjetunion zu bleiben, weiter verschlechtert.**

Nach Moskauer Meldungen sind die Bemühungen der deutschen Botschaft in Moskau, die Lage der deutschstämmigen Kolonisten zu erleichtern, vorläufig ergebnislos verlaufen. Die OGPU. hat mit vollem Einverständnis des Außenkommissariats der Sowjetunion mehr als 1300 deutschstämmige Kolonisten aus Moskau ausgewiesen. Sie werden nach den alten Heimatstädten zurückgebracht. Der Abtransport erfolgt in Güterzügen zu je 200 Menschen in einem Zuge. Der Rücktransport erfolgt auf einen Beschluß der obersten Behörden der Sowjetunion, gegen den die Kolonisten vollkommen machtlos sind. Bei dem zwangsweisen Abtransport der Kolonisten kam es zu zahlreichen Zwischenfällen, da sie sich weigerten, die Rückreise anzutreten.

Kowno, 25. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist das Urteil im Prozeß gegen die im Nordkaukasus Ende Oktober verhafteten Mitglieder einer Sekte, die angeklagt waren, einen Aufstand gegen die Sowjetmacht vorbereitet zu haben, am Sonnabend gefällt worden. 13 Angeklagte wurden zum Tode, drei zu 10 Jahren Zuchthaus und 18 Personen zu verschiedenen Zuchthausstrafen verurteilt.

Kolau vor Stalin

Unterwerfung Bucharins, Rykoffs und Tomskis.

Moskau, 25. November.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: **Bucharin, Rykoff und Tomski haben an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Erklärung gerichtet, worin sie die von ihnen im Laufe von 1½ Jahren verfochtenen Ansichten für irrig erklären und versichern, daß sie gemeinsam mit der Partei gegen jegliche Abweichung von der Generallinie der Partei, vor allem gegen die Abweichung nach rechts und gegen eine versöhnliche Einstellung zu ihr entschieden kämpfen werden.** Zugaroff, der Bucharin, Rykoff und Tomski unterstützt, hat ebenfalls erklärt, daß er die Irrtümer seiner Anschauungen zugibt.

* **Der deutsche Botschafter v. Dirksen** ist am Montag wieder in Moskau eingetroffen und nimmt Dienstag die Verhandlungen mit Litwinow in Sachen der Sibiriendeutschen auf.

Auslandsreise Schobers?

Wien, 25. November.

Wie der „Morgen" erfährt, wird Bundeskanzler Schober nach Erledigung des Verfassungswerkes und nach Aufarbeitung der dringlichsten parlamentarischen Aufgaben eine Reise ins Ausland antreten, die in direktem Zusammenhang mit der von der Regierung eingeleiteten Kredit- und Anleiheaktion steht. Der „Morgen" erinnert daran, daß das Hindernis, die Anleihefrage in einem für Oesterreich günstigen Sinne zu erledigen, der Protest war, den Mussolini seinerzeit erhoben hatte. Bundeskanzler Schober wird daher in direkten Verhandlungen mit den Staatsmännern jener Länder aufnehmen, deren bisherige Haltung der Verwirklichung des Anleiheprojektes hinderlich war. Es ist der Besuch einiger Hauptstädte in Aussicht genommen.

Die „Neue Freie Presse" meldet: Bei den Verhandlungen, die Bundeskanzler Schober Samstag bis in die späten Abendstunden geführt hat, ist es gelungen, in den im Unterausschuß des Verfassungsausschusses offen gelassenen Fragen eine weitgehende Annäherung zu erzielen und ein Kompromiß in der Frage der Verfassungsreform sicherzustellen. Die Frage der Stadt Wien wird in der Weise gelöst, daß Wien unmittelbare Bundeshauptstadt wird, jedoch den Ländern gleichsteht. Auch in den finanziellen Fragen wurde eine Einigung erzielt, das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten wird eine Formulierung erhalten, die ausreichende Garantie gewährt gegen jeden Mißbrauch.

Das spanische Sozialprogramm

Madrid, 25. November.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, traf Freitag hier ein. Er wurde am Bahnhof vom Arbeitsminister, höheren Beamten des Ministeriums und Mitgliedern der spanischen Delegation beim Internationalen Arbeitsamt empfangen. Albert Thomas erklärte Pressevertretern, der Hauptzweck seiner Reise sei der Besuch der Ausstellungen in Barcelona und Sevilla.

In der Rede, die General Primo de Rivera bei dem Bankett zu Ehren Albert Thomas diesem überreichte, heißt es: Die spanische Regierung macht sich die Errungenschaften des sozialen Fortschritts, sofern sie die Ordnung im Staate nicht antasten und nicht eine Verminderung der Produktion zur Folge haben, gern zu eigen. Der Achtstundentag stelle vielleicht eine Lösung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen Produktion und Verbrauch dar. Er habe den Wunsch, daß er überall eingeführt werde. Mit derselben Aufrichtigkeit betone er, daß, wenn das Trugbild des Kommunismus von neuem versuchen würde, die soziale Ordnung zu stören und mit Hilfe der Gewalt den von der Regierung erstrebten Fortschritt in der Besserung der Lage der Arbeiterklasse auf einem Irrwege zu beschleunigen, die Diktatur, die ebenso demokratisch sei wie die irgendeiner anderen Regierung, streng und unbeugsam sein würde.

Thüringischer Oberregierungsrat verschwunden

Weimar, 24. November.

Der Oberregierungsrat Dr. jur. Siegfried von Samson-Himmelstjerna vom thüringischen Justizministerium wird seit Dienstag, dem 19. d. M., vermißt, ohne daß bisher bestimmte Beweggründe seines Verschwindens oder irgendwelche Anhaltspunkte über sein Verbleiben bekanntgeworden sind. Während sich seine Gattin besuchsweise auswärts aufhält, hat der Vermißte am genannten Tage früh seine Wohnung verlassen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Der Vermißte, der 48 Jahre alt ist, war in letzter Zeit stark überarbeitet und es wird angenommen, daß er umherirrt. Ein Unglücksfall scheint nicht ausgeschlossen.

* **Die Beerdigung Clémenceaus** erfolgte Montag mittag bei La Roche-sur-Yon in der Vendée ohne besondere Zeremonie. Am Grabe wurden keine Reden gehalten. Die französische Kammer hielt zur gleichen Stunde in Paris eine Trauersitzung ab.

* **Als Anwärter für den Friedensnobelpreis** werden außer Professor Curtius (Bonn) der frühere amerikanische Außenminister Kellogg, die bekannte Philantropin Elise Brandström und der schwedische Erzbischof Söderblom genannt.

* **Studentenausschreitungen in Warschau.** Nach der Meldung eines Warschauer Blattes wurden in einer von nationalistischen Studenten veranstalteten Versammlung von regierungsfreundlichen Studenten Raketen zur Entzündung gebracht. Auch wurde mit Revolvern geschossen. Im Anschluß an die Versammlung kam es zu Prügeleien zwischen nationalen und regierungsfreundlichen Studenten.

* **Wildwest.** Ein Räuber brachte einen Erpreßzug der Union Pacific im Staate Wyoming (Nordamerika) durch Lockerung der Schienen zur Entgleisung und raubte sämtlichen Passagieren die Wertsachen. Er ist entkommen.

* **Beim Reparieren einer undicht gewordenen Gasleitung** sind in Metz zwei Arbeiter und ein Ingenieur trotz Gasmasken erstickt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Wolkig und in wechselnder Stärke örtliche, meist aber nicht bedeutende Niederschlagsschauer. Temperaturen im Flachlande nur gering, im Gebirge ein wenig mehr zurückgehend, im oberen Erzgebirge Temperaturen zeitweise unter Null und Niederschlagsschauer deshalb dort als Schnee. Flachland schwache bis mäßige, südliche bis südwestliche, Gebirge lebhafte, südwestliche bis nordwestliche Winde.